…onntag, 17. Januar 1932

…en-
…tion
…Preise ermäßigt!

…äntel
…ffen, in englischer … I: 10.75, Serie III: 7⁹⁰
…Velour, in feinen …mantelspelzkragen …: 13.75, Serie III: 9⁷⁵
…ollnen Velour … Futter u. m. …: 29.00, S. III: 19⁷⁵
…, mod. Stoff, … men, f. extra …9.00, S. III: 19⁷⁵
…l. engl. Art … Verarbtg. …00, S. III: 25⁰⁰
…rb., meist …delpelzen, … Serie II: 49⁰⁰
198⁰⁰

…eider
…dern gemustertem …liche Verarbeitung …II: 5.90, Serie III: 3⁹⁰
…, mod. Flamenge …kleidsame Passons …: 10.75, Serie III: 6⁹⁰
…tual.-Stoffen, aus …ollgeorgette, eleg. …II: 13.75, S. III: 9⁷⁵
…aine, flottem … u. eleganten …75, Serie III: 10⁷⁵
…od. reinseid. …ns. mit mod. …75, Serie III: 12⁷⁵
… hochedlem …e Ausführ. …, Serie III: 19⁷⁵
25% Rabatt

…den-N
…: 16/18

76. Jahrgang. Nr. 28 Montag, 18. Januar 1932

Dresdner Nachrichten

Großer Sportteil

Gegründet 1856

… Geschäftsstelle: Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.80 Mk. (einschließlich 10 Pfg. für Botenlohn), durch Postbezug 3.80 Mk. einschließlich 38 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Kriseabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 25 Pfg., außerhalb 35 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Eine neue Mahnung Mussolinis

„Auch wirtschaftliche Abrüstung muß kommen!"

London, 17. Jan. In einem im „Sunday Dispatch" erscheinenden Artikel beschäftigt sich Mussolini mit der Wirtschaftskrise und den Möglichkeiten zu ihrer Behebung. Die Weltkrise, so schreibt der italienische Ministerpräsident, habe nun denjenigen Punkt erreicht, wo die schnellsten und wirksamsten Heilmittel nötig seien. Halbe Maßnahmen hätten keinen Zweck mehr. Die Entschlüsse müßten rasch gefaßt werden, und es dürfe keinerlei Verschiebung mehr zugelassen werden. Der Welthandel befinde sich jetzt in einer Zwangsjacke. Ueberall seien hohe Zollmauern aufgerichtet; kein Land wolle mehr Waren hereinlassen, aber so viel als möglich ausführen. Dazu komme die Frage der Kriegsschulden und Tribute. **Frankreich und Amerika seien im Besitz von 75 v. H. des Goldes.**

Wie könne man erwarten, so sagt Mussolini, daß die Staaten ihre Schulden bezahlen, wenn sie die Zahlungen nur in Gold leisten dürfen, das sie nicht besitzen.

In Waren zu bezahlen, sei auch unmöglich, weil die Zollmauern der Gläubigernationen so hoch seien, daß keine Waren die Grenzen überschreiten können. Seit einigen Monaten sei die Welt in einen wirtschaftlichen Kriegszustand getreten. Wie bei Ausbruch eines Krieges diplomatische Verträge, so habe man jetzt Handelsverträge zerrissen. Schon hätten Spanien und Frankreich ihre Handelsverträge mit Italien gekündigt, und die Schweiz habe ihre Handelsbeziehungen zu Deutschland abgebrochen. In Kürze werde dieser wirtschaftliche Kriegszustand in der ganzen Welt verbreitet sein.

Es sei nichts anderes als eine Rückkehr zu den befestigten Städten des Mittelalters.

Die Zeit sei nun gekommen, so stellt der italienische Ministerpräsident fest, daß die Staatsmänner zusammenkommen und den Wirtschaftskrieg beendigen. Besonders die Goldfrage müsse dringlich behandelt werden. Denn eine wirkliche Lösung der Wirtschaftskrise sei nicht möglich, solange Frankreich und Amerika das Goldmonopol hätten. Alle Zollmauern müßten heruntergesetzt werden, damit der Welthandel wieder in Schwung komme und die Staaten ihre Zahlungen in Waren leisten könnten.

Eine besondere Note erhalten diese Ausführungen Mussolinis durch den Bericht des römischen Korrespondenten des „Observer". Dieser schreibt: In der italienischen Hauptstadt bestehen ernste Besorgnisse wegen der europäischen Lage in der nahen Zukunft, wenn die augenblickliche Krisis während dieses Jahres fortdauert. In Rom ist man der Ansicht, daß die Völker Europas keinen Arbeitslosenwinter mehr hinnehmen und seine Not so ruhig ertragen werden, wie sie es in diesem Winter erduldet haben. Diese Befürchtungen werden eines der Argumente Italiens für die Streichung der Schulden bilden, wenn die Lausanner Konferenz zusammentritt.

„Uebereinstimmung zwischen England und Italien"

Die Endlösung soll nach englischer Auffassung durch kleine Zahlungen erkauft werden

London, 17. Jan. Die beiden italienischen Unterhändler sind von London nach Rom zurückgefahren. Zum Abschied hatte sich auf dem Bahnhof der englische Finanzsachverständige des Schatzamts, Sir Frederic Leith-Roß, eingefunden. Leith-Roß erklärte Pressevertretern, es würde sich später auf der Konferenz herausstellen,

daß England und Italien sich in enger Uebereinstimmung in der Schuldenfrage befinden.

England hofft immer noch auf Einhaltung des Termins vom 25. Januar. Die gemeldeten englischen Pläne lassen sich noch dahin ergänzen, daß England sich für die „kleine deutsche Zahlung" nur insofern einsetzt, als es hofft, daß sich damit die Endlösung erkaufen ließe. Nur insofern hat England Interesse an dem Zustandekommen eines solchen Kompromisses, nicht jedoch aus grundsätzlichen oder moralischen Erwägungen. Die Engländer lassen sich lediglich von Zweckgründen leiten, wenn sie ein solches Kompromiß befürworten. Sie glauben aber nach wie vor, daß ein solches erst gegen Ende des Jahres zugestanden werden könne, und bemühen sich daher weiter um das kurzfristige Moratorium bis zum 15. Dezember.

Paris erörtert weiter die Verschiebung

Paris, 17. Jan. Die Frage einer Verschiebung der Konferenz von Lausanne wird von der Presse weiter erörtert. „Journal" erklärt, es habe aus offiziöser Quelle erfahren, daß Frankreich eine Verschiebung der Konferenz um fünf oder sechs Monate vorgeschlagen habe.

Das Blatt behauptet, Deutschland, Italien und England erwägten eine Verständigung auf der Grundlage dieses Vorschlages.

fügt aber hinzu, bringe der englisch-italienische Vorschlag, die Konferenz doch zum festgesetzten Zeitpunkt abzuhalten, durch, dann würden die Beratungen nicht länger als vier oder fünf Tage dauern. Die Delegierten würden sich damit begnügen, die vorbereitenden Arbeiten der Sachverständigen vom Juli 1931 zur Kenntnis zu nehmen und eine neue Besprechung für dieses Jahr zu verabreden. Gleichzeitig würde man in einer gemeinsamen Note an die amerikanische Regierung eine weitere Verlängerung des Hoover-Moratoriums um sechs Monate vorschlagen,

so daß also die zweite Reparationskonferenz nach den Wahlen in Frankreich und in Preußen stattfinden würde.

Der „Matin" nimmt dieselbe Haltung ein. Im „Echo de Paris" tritt Marcel Hutin, der Vertraute Lavals, für die Verschiebung ein, während der Außenpolitiker des Blattes Einwendungen erhebt, da man mit der Vertagung nur London und Berlin in die Hände spielen würde. Am besten sei es, Frankreich bekunde in Lausanne seinen festen Willen, die Verhandlungen abzubrechen, wenn die sehr maßvollen französischen Forderungen nicht in Erwägung gezogen würden.

Die englische Abrüstungspolitik

London, 17. Januar. **Laut „Observer" hat die britische Regierung hinsichtlich der Politik, die sie auf der kommenden Abrüstungskonferenz vertreten will, bereits eine wichtige Entscheidung getroffen. Sie hat beschlossen, daß sie keinem Abrüstungsvorschlag zustimmen kann, der nicht die Verminderungen in Rechnung zieht, die in den letzten Jahren stattgefunden haben. Dies bedeute, daß Großbritannien keinem Plan allgemeiner prozentueller Herabsetzung der bestehenden Rüstungen zustimmen werde. Sollte die Konferenz durch Unnachgiebigkeit anderer Mächte scheitern, so würde Großbritannien gezwungen sein, seine gesamte Abrüstungspolitik einer Nachprüfung zu unterziehen.**

Frankreichs Abordnung für Genf

Paris, 17. Jan. Die Zusammensetzung der französischen Abordnung auf der bevorstehenden Genfer Abrüstungskonferenz ist nunmehr endgültig festgelegt. Nach dem Rücktritt Briands übernimmt Kriegsminister Tardieu die Führung. In der Begleitung des Kriegsministers befindet sich der Marineminister Dumont, der Luftfahrtminister Dumesnil, Paul Boncour und der Vorsitzende des Heeresausschusses der Kammer, Oberst Fabry.

Stegerwald spricht im Ruhrgebiet

Gladbeck, 17. Jan. Auf dem Kreisparteitag der Zentrumspartei Vests-Recklinghausen hielt Reichsarbeitsminister Stegerwald am Sonntag eine längere Rede. Der Minister vertrat die Ansicht, daß bei einem leidlichen Gelingen der Lausanner Konferenz die tiefste Zone der Wirtschaftskrise bei uns in einigen Monaten überwunden werden könne,

daß aber die tiefste Zone der Finanzen des Reiches und Staates erst im zweiten Halbjahr 1932 komme.

Von der Privatwirtschaft müsse verlangt werden, daß sie in Zukunft mit größerer Publizität arbeite. Die freie Preisbildung müsse in Zukunft zur Regel werden. Während das 19. Jahrhundert die industrielle Erzeugung geregelt und die größte Leistungsfähigkeit entfaltet habe, sei die Zukunftsaufgabe die Regelung der Warenverteilung. Der Redner beschäftigte sich sodann ausführlich mit der Lohnfrage. Es sei eine irrige Meinung, wenn in Arbeiterkreisen die Auffassung herrsche, daß der Staat in letzter Zeit zu einer Lohnsenkungsmaschine geworden sei. Was die Senkung der Werkarbeiterlöhne anlange, so sei darauf hinzuweisen, daß der deutsche Kohlenbergbau durch den Verfall der englischen Währung in große Schwierigkeiten geraten sei und daß die Hälfte der deutschen Kohlenerzeugung in der Eisenindustrie verwandt werde.

Der Volksbegehrensantrag des Jungdeutschen Ordens

Hannover, 17. Jan. Für den Zulassungsantrag auf das Volksbegehren zur Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten v. Hindenburg zeichneten sich am Sonntagnachmittag in der Stadt Hannover beim Jungdeutschen Orden, wie dieser mitteilt, 8000 Personen ein. Damit ist die Hälfte der für das ganze Reich erforderlichen Unterschriften für den Zulassungsantrag erreicht.

China verlangt Anwendung des Artikels 16

London, 16. Januar. Wie offiziell aus Nanking gemeldet wird, beabsichtigt die chinesische Regierung, beim Zusammentritt des Völkerbundsrates am 25. Januar den Rat auf Grund des Artikels 16 der Völkerbundssatzung anzurufen und um die vorgesehene Abgabe eines Gutachtens darüber zu ersuchen, daß Japan im Falle des mandschurischen Konflikts einen Bruch der Völkerbundssatzung gemäß Artikel 16, Absatz 1, begangen hat.

*

Artikel 16 des Paktes regelt die Sanktionen wirtschaftlicher, finanzieller und evtl. sogar militärischer Art, welche die Völkerbundsmitglieder gegen Friedensbrecher ergreifen müssen.

Reichsregierung gegen Verschiebung von Lausanne

Noch kein offizieller Schritt Frankreichs

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 17. Januar. Das Reichskabinett tritt am Montag wieder zu einer Sitzung zusammen, die zunächst der Beratung der außenpolitischen Lage dienen soll. Was den Streit um den Termin, an dem die Reparationskonferenz beginnen soll, betrifft, so ist bisher die Lage im wesentlichen unverändert geblieben.

Bisher ist von keiner Seite der Reichsregierung ein offizieller Wunsch auf Verschiebung der Reparationskonferenz überbracht worden. Die Reichsregierung hält auch unverändert an ihrem Standpunkt fest, daß eine Hinauszögerung der Konferenz als nicht angebracht anzusehen sei.

Daß die französische Regierung trotz der deutlichen Ankündigungen in der französischen Presse, Frankreich werde die Hinausschiebung der Konferenz verlangen, sich noch zu keinem offiziellen Schritt entschlossen hat, hängt ganz offenbar damit zusammen, daß die französische Regierung zu einer so wichtigen Frage nicht Stellung nehmen will, bevor sie sich dem Parlament vorgestellt und das notwendige Vertrauensvotum erhalten hat. Der französische Ministerpräsident wird in den Erklärungen, die er am Dienstag vor der Kammer bei der Gelegenheit der Vorstellung seines neuen Kabinetts abgibt, sicher auch das Reparationsproblem und die Lausanner Konferenz berühren und hierbei die Stellungnahme Frankreichs bekanntgeben. Laval hat in den letzten Tagen nacheinander den deutschen Botschafter v. Hoesch, den englischen Botschafter Tyrrell und den amerikanischen Botschafter Edge empfangen. Die Nachrichten, daß der Botschafter v. Hoesch dabei Laval ein Memorandum der Reichsregierung überreicht hätte, sind unzutreffend. Hoesch hat dem französischen Ministerpräsidenten lediglich zahlenmäßige Berechnungen übergeben, die ganz einwandfrei darlegen,

daß Deutschland wirklich am Ende seiner finanziellen Kräfte ist und daß weitere Reparationsleistungen von ihm nicht erwartet werden können.

Laval hat dieses Zahlenmaterial zur Kenntnis genommen, ohne sich zunächst zu der deutschen These, die es verfechten hilft, zu äußern. Die französisch-englischen Verhandlungen scheinen noch immer kein gemeinsames Programm ergeben zu haben. Ueber die Unterredung Lavals mit dem amerikanischen Botschafter verlautet, Laval hätte darauf hingewiesen, daß Frankreich das einzige Gläubigerland Deutschlands sei, dessen Saldo nach Abzug der interalliierten Schulden noch aktiv bleibe. Ein Verzicht auf die Tribute würde demnach ein neues Opfer für Frankreich bedeuten. Deshalb habe man auch bei den französisch-englischen Verhandlungen eine Kommerzialisierung des französischen Reparationsanteils in Erwägung gezogen. Die Frage sei jedoch, ob die augenblickliche Lage des Finanzmarktes eine derartige Operation erlaube. Laval erklärte Edge gegenüber ferner,

die Dauer des Moratoriums und die nach dem Moratorium zu treffende Regelung seien Fragen, die zum größten Teil von den Absichten der amerikanischen Regierung abhängig gemacht werden müßten.

Das Ergebnis dieser Besprechungen wird in der morgigen Sitzung des Reichskabinetts ebenfalls Gegenstand der Erörterung sein. Wie verlautet werden, nachdem soeben die führenden Kreise der Industrie und des Handels erklärt haben, daß sie die Reichsregierung in ihrer Auffassung, daß Deutschland keine Reparationen mehr zahlen könne, restlos unterstützen, in dieser Woche auch die Gewerkschaften gemeinsam mit den Beamtenverbänden eine Kundgebung erlassen, in der dargestellt wird,

daß die deutsche Arbeitnehmerschaft keine Möglichkeit mehr sieht, internationale politische Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen.

Diese Stellungnahme ist vor allem deshalb interessant, weil die unter dem politischen Einfluß der Sozialdemokratie stehenden freien Gewerkschaften bekanntlich in den Jahren der Erfüllungspolitik den Standpunkt vertraten, daß sich Deutschland mit den Forderungen der Gegner abfinden müsse.

Möglicherweise wird sich das Kabinett in seiner morgigen Sitzung auch bereits mit den Vorschlägen befassen, die der Reichsernährungsminister Schiele zur Behebung der Notlage der Landwirtschaft ausgearbeitet hat; jedoch ist die Beratung der landwirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen zunächst davon abhängig, ob man angesichts der außenpolitischen Erörterungen noch genügend Zeit dafür finden wird. Immerhin soll im Laufe der jetzt beginnenden Woche auch das landwirtschaftliche Hilfsprogramm vom Kabinett beraten werden.

SLUB
Wir führen Wissen.